



Auszug aus der Rede von

Thomas Baum MdL

**zur Fachregierungserklärung von
Staatsminister Martin Dulig MdL
zum Thema: „Wir schaffen das moderne Sachsen“
in Bezug auf Strukturwandel in den Braunkohlerevieren:**

„Dieser Weg wird kein leichter sein.“

**am Mittwoch, 16. September 2015,
im Plenarsaal des Sächsischen Landtags
in Dresden
(Plenarprotokoll 6/19)**

www.guido-vandenbergh.de

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die CDU-Fraktion sprach Herr Kollege Prof. Wöller. Jetzt schließt sich mit Herrn Kollegen Baum die SPD-Fraktion an.

Thomas Baum, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn Herr Staatsminister Dulig und wir heute darüber sprechen, dass wir das Sachsen von morgen schaffen, dann möchte ich im Folgenden stärker darauf eingehen, dass wir damit auch zwangsläufig intensiv über das Thema Strukturwandel sprechen – eigentlich für die Lausitz –; Strukturwandel 2.0.

Die Botschaft muss doch konkret für diese Region – darauf konzentriert sich mein Redebeitrag – lauten: Die Lausitz als eine vom ersten Strukturwandel und seit über 25 Jahren am stärksten betroffene Region stellt sich den Herausforderungen und sieht für sich Chancen im Ergebnis einer klugen Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Dafür müssen wir aber gemeinsam heute die Weichen für morgen stellen.

Mit Blick auf die Lausitz sieht man doch ganz deutlich, dass ein Strukturwandel nicht von heute auf morgen geschehen kann, sondern mit Augenmaß und Sensibilität für die Menschen und für die Region. Die Braunkohlennutzung wird so lange erforderlich sein, bis die erneuerbaren Energien und die dazugehörigen Speicher und Stromnetze in der Lage sind, die Versorgungssicherheit in gleichem Maße zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Uns und auch mir ist klar, dass die Braunkohlenverstromung in Zukunft zurückgehen wird, auch weil wir uns für den Ausbau der erneuerbaren Energien klar ausgesprochen haben und Sachsen die Energiewende zum Erfolg führen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen also das eine tun – die erneuerbaren Energien ausbauen –, ohne das andere zu lassen – nämlich für die Arbeitsplätze in der Lausitz zu kämpfen. Unser Ziel ist es, mit einer klugen und vorausschauenden Politik Alternativen für die Zeit nach der Braunkohlenverstromung zu entwickeln. Gute Beispiele hierfür gibt es bereits, wie Kollege Vieweg und ich erst in der vergangenen Woche bei unserem Besuch in Nordrhein-Westfalen erfahren durften, oder wie mit der Gründung des Deutschen Kohlenstofftransformationszentrums im brandenburgischen Senftenberg im August zu erleben war.

Herr Kollege Brünler, viele Tausend Arbeitsplätze in der Braunkohle und in der Energiewirtschaft sind kein „Popanz“.

(Beifall bei der SPD und der Staatsregierung sowie vereinzelt Beifall bei der CDU –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Es kommt darauf an, wie viele!)

In Nordrhein-Westfalen schafft man bereits seit circa zwei Jahren die Voraussetzungen für den Strukturwandel in der dortigen Braunkohlenregion westlich von Köln. Es gab dazu eine Enquete-Kommission und im Ergebnis dessen liegt auch ein Enquete-Bericht mit Handlungsempfehlungen vor – dem übrigens alle Fraktionen im Düsseldorfer Landtag zugestimmt haben. Die nun in Nordrhein-Westfalen gebildete Innovationsregion Rheinisches Revier – kurz: IRR – ist beispielgebend für uns.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, meinen geschätzten NRW-Kollegen Guido van den Berg zu zitieren, der vor einiger Zeit folgende absolut zutreffende Aussage geprägt hat: „Man kann durchaus aus der Braunkohle Intelligenteres als nur Wasser warm machen und eine Turbine anwerfen. Wir wollen die Kohle aus dem Feuer holen und setzen damit die Braunkohle nicht in CO₂ um, sondern wollen den Kohlenstoff im Produkt binden.“ Unser gemeinsames Ziel muss es also sein, die stoffliche Nutzung der Braunkohle voranzutreiben. Wir gehen damit auf einen Weg, den Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und Rot-Rot in Brandenburg – jeweils mit breiter Unterstützung durch die jeweiligen CDU-Fraktionen – bereits eingeschlagen haben. Dieser Weg wird kein leichter sein.

(Heiterkeit)

Aber er könnte Arbeitsplätze in Größenordnungen erhalten oder schaffen – bei gleichzeitiger Verbesserung der Klimabilanz; denn der CO₂-Ausstoß würde sich deutlich verringern.

Mit unserer klugen Wirtschaftspolitik unterstützen wir also Lösungen für den Strukturwandel. Die GRW-Förderung für regionales Wachstum wollen wir damit als Instrument nutzen. Hierfür haben wir im aktuellen Doppelhaushalt jährlich 10 Millionen Euro bereitgestellt, auch um regionale Wirtschaftskreisläufe noch gezielter unterstützen zu können.

Auch die Fusionsfonds sind ein Instrument unserer Wirtschaftspolitik, welches helfen soll, sowohl die zum Teil schwierige Suche nach Unternehmensnachfolgen zu unterstützen als auch gezielt Hilfe anzubieten, wenn mehrere Unternehmen sich zusammenschließen wollen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

(...)